

gegen die Viehverluste, für eine rechtzeitige Organisation der Ernte und eine bessere Handelstätigkeit ab.

Die Kreisparteiaktivtagung in Nauen setzte sich auch mit einigen Parteiorganisationen und einzelnen Genossen auseinander, die die notwendige Aktivität vermissen lassen, manchen Fragen aus dem Wege gehen, vor Angriffen des Gegners zurück weichen. Anstatt den Werktätigen Antwort auf ihre Fragen zu geben, hatten sich manche Genossen hinter Versprechungen und unerfüllbare Forderungen verschanzt. Es wurde hervorgehoben, daß darin nicht die Rolle der Partei bestehen kann, sondern daß die Partei offen sagen muß, welche Wünsche noch nicht erfüllt werden können, warum das noch nicht geht und was von jedem einzelnen getan werden müßte, um die Voraussetzungen schaffen zu helfen. Die Partei muß den Zusammenhang mit den großen politischen Fragen herstellen.

### Politik und Ökonomie

Aber nicht alle Kreisleitungen erkennen in vollem Umfang den engen Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Friedensvertrag und der Lösung der ökonomischen Aufgaben. Deshalb legen sie nicht genügend Wert darauf, die Grundorganisationen mit der politischen Argumentation auszurüsten. So zum Beispiel die Kreisleitung T e m p l i n. Auf der Kreisparteiaktivtagung sprach der 1. Kreissekretär drei Stunden, dabei nutzte er wenige Minuten über die politische Argumentation zum Friedensvertrag. Ausführlich wurden notwendige Veränderungen im Bauwesen begründet, Verbesserungen im Handel erörtert, die Aufholung der Planrückstände in der Landwirtschaft beraten. Herrscht aber der notwendige Kampfgeist in den Grundorganisationen für die Lösung all dieser komplizierten Fragen, wenn sie nicht klar die politische Bedeutung dieses Kampfes vor Augen haben? Nein, das wurde auch in Templin deutlich.

Man spricht in Templin und auch woanders über die notwendige Verbindung von Ökonomie und Politik. In der Praxis jedoch bleibt die Politik am Rande. Und das geht nicht, denn wir führen einen

politischen Kampf. Wir wollen unsere Wirtschaft störfrei machen. Warum? Weil die westdeutschen Materialien schlecht sind? Nein, weil wir den Sozialismus aufbauen und unseren Menschen einen ständig steigenden Lebensstandard schaffen wollen. Dazu brauchen wir den gesicherten Frieden, das heißt den Friedensvertrag. Daran wollen uns die westdeutschen Militaristen hindern; sie können keine sozialistische DDR neben sich dulden, weil der verwirklichte Sozialismus eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die westdeutschen Werktätigen ausüben würde und wird. Deshalb wollen sie uns wirtschaftlich erpressen, deshalb schüren sie zum Krieg, und deshalb führen wir den Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, um ihn zu bändigen und jeden seiner Erpressungsversuche unwirksam zu machen. Im Interesse des Friedens, des Kampfes gegen die westdeutschen Kriegstreiber müssen wir viele komplizierte Probleme lösen, um unsere Wirtschaft vor Störungen durch die westdeutschen Imperialisten zu sichern.

Warum lügt der Gegner, die Wirtschaft der DDR sei dem Zusammenbruch nahe? Warum trommelt er jetzt damit? Macht er sich Sorge um unsere Bevölkerung, weil bei uns einige Schwierigkeiten aufgetreten sind? Keineswegs, er will im Gegenteil mit seinen Störmaßnahmen weitere Schwierigkeiten herbeiführen. Für ihn sind hin und wieder auftretende, meist völlig unbegründete Mängel in unserer Versorgung willkommene Anlässe für infame Verleumdungen. Er will damit die Diskussion über den Abschluß eines Friedensvertrages, die er so fürchtet, abfangen. Es geht also auch bei der Versorgung um Politik.

Der Kampf für die Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben muß also politisch geführt werden, mit der politischen Zielsetzung, mit der politischen Argumentation und Überzeugung. Wer überzeugt für den Abschluß eines Friedensvertrages eintritt, fragt, was er dazu tun kann. Wir müssen ihm antworten: Die Republik stärken, um ihr politisches Gewicht zu erhöhen! Der Plan sägt uns, wie wir die Republik am besten stärken. — Oder: Wieviel Mängel rühren daher, daß ein-